



Der VdK sprach zum Thema Pflege: (v.l.) Horst Vöge, Marga Kruppa, Bernd Wietheger und Robert Walter.

FOTO: HEIKO KEMPEN

Kommunen müssen mehr tun

Der VdK Niederrhein fordert Städte und Gemeinden auf, sich angesichts des demografischen Wandels konkreter um eine Infrastruktur für Ältere zu kümmern

Am Niederrhein. Am 11. Juli wird der Landtag das „Gepa“-Gesetz in erster Lesung beraten, ab 2014 soll es in Kraft treten. Dadurch soll den Kommunen eine stärkere Verantwortung bei der Schaffung einer Versorgungsstruktur für ältere und pflegebedürftige Menschen und zur Vermeidung von Heimaufenthalten übertragen werden. Denn der demografische Wandel rollt auf Städte und Gemeinden zu: Im Kreis Wesel wird die Zahl der über 80-Jährigen bis 2030 um 67 Prozent steigen, an der Spitze liegt Dinslaken mit einem Anstieg von 104 Prozent. Dennoch wird das Thema von den Kommunen noch nicht entschlossen angegangen, kritisiert der VdK Niederrhein.

Der Verband fordert die Städte und Gemeinde auf, sich rechtzeitig auf diesen Wandel vorzubereiten. „In den Kommunen muss neu gedacht werden“, so der Vorsitzende des VdK Niederrhein, Horst Vöge. „Wir brauchen endlich Ergebnisse“. Der VdK fordert zum Beispiel

eine jährliche Pflegekonferenz und einen Pflegeombudsmann/frau, der vor sich vor Ort um die Belange der älter werdenden Bevölkerung kümmert und über Pflegefragen informiert.

Baustellen gibt es auf dem Weg zum senioren- und behindertengerechten Wohnumfeld einige: Zum Beispiel das fehlende Angebot an barrierefreiem und bezahlbarem Wohnraum. Hier kann sich der VdK vorstellen, dass finanzielle Anreize für Vermieter oder Wohnungsgesellschaften das Angebot verbessern können. Dem VdK liegen Zahlen vor, nach denen im Kreis Wesel bis 2035 ein Mangel an 15 000 Seniorenwohnungen und ein Investitionsvolumen von 240 Mio. Euro angenommen wird.

Bernd Wietheger vom Seniorenbeirat Voerde fordert, auch bei der Gestaltung der Wohnquartiere mehr an ältere Menschen zu denken. Geschäfte, Freizeitmöglichkeiten, Verkehrsverbindungen müssten in den Innenstädten erhal-

KERNPUNKTE DES GESETZENTWURFES

■ **Kernpunkte** des GEPA-Gesetzentwurfes sind u.a.: Unterstützung von Wohn- und Pflegeangeboten, die einen Verbleib im Wohnquartier sichern. Reformierung der Mindeststandards für diese Angebote, um alternative Wohnformen zu erleichtern. Bedarfsorientierte ambulante Unterstützungsangebote u. Entlastung pflegender Angehöriger.

ten bleiben, damit Senioren dort selbstständig leben können.

Dass das Thema Alter und Pflege in der Politik offenbar keinen hohen Stellenwert hat, macht VdK-Geschäftsführer Robert Walter am Beispiel gesetzlicher Vorgaben deutlich: Die Zuschüsse für barrierefreie Umbauarbeiten daheim sind seit fast 20 Jahren unverändert geblieben. Und bei der Bemessung

des Pflegebedarfes herrsche die Taktik des „Ersbsenzählens“, des Abrechnens nach Minuten vor. Daher fordert der VdK auch eine umfassende Reform des Systems der Pflegeversicherung mit einem neuen, an der Lebensrealität orientierten Pflegebedürftigkeitsbegriff. Auch die Rehabilitation, so Walter, müsse früher ansetzen, um die Mobilität zu erhalten.

Viele Schritte sind notwendig, um den Älteren das Leben im eigenen Umfeld zu ermöglichen. Wenn nichts passiert, warnt Horst Vöge, werde die Zahl der Heimbewohner im Kreis Wesel stark ansteigen. Laut Prognose sind im Jahr 2030 6072 Heimbewohner zu erwarten (2011: 3818). Bis 2030 werden im Kreis Wesel 3300 zusätzliche Pflegekräfte benötigt.

Dass das Thema Alter und Pflege die Menschen immer mehr beschäftigt, zeigen die steigenden Beratungs- und Mitgliederzahlen im VdK Kreis Niederrhein, der aktuell 21 000 Mitglieder zählt. rme